

DKP/Linke Liste fordert: Straßenbeiträge stoppen - alle Pläne auf Eis legen

Kaum ist der Termin der Hessischen Landtagswahl bekannt, gibt es in Wiesbaden Unruhe und Diskussionen. Selbst SPD und FDP wollen den Zwang für Kommunen abschaffen, solche Beiträge einzutreiben. Die FDP hatte das aktuell geltende Gesetz in ihrer Regierungszeit mitbeschlossen. Jetzt meinte ihr Landtagsabgeordneter Jörg-Uwe Hahn: „... man habe falschgelegt. Es war auf jeden Fall eine falsche Einschätzung der Folgen.“
Hätten sie mal die Leute gefragt und vor Ort entsprechend gestimmt.

Für eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) spricht sich DIE LINKE. aus.
Ihr Landtagsabgeordneter Hermann Schaus: *„Die Linksfraktion im Hessischen Landtag fordert die Abschaffung der Straßenbeiträge und wird dazu in dieser Woche eine entsprechende parlamentarische Initiative in den Hessischen Landtag einbringen.
Anstatt die Anwohnerinnen und Anwohner mit hohen Beiträgen für Straßensanierungen zu belasten, sollte das Land über den Kommunalen Finanzausgleich für eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen sorgen.“*

In unserer Stadt haben SPD, Freie Wähler, FDP und CDU die Einführung der Straßenbeiträge beschlossen - obwohl keiner genau weiß, was uns das alles kostet.
Die DKP/Linke Liste Mörfelden-Walldorf fordert vom Landtag,

schnellstens die Streichung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalen Abgabengesetz zu beschließen.
Vor Ort will die Fraktion einen entsprechenden Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung vorlegen.
Die DKP/LL ist ebenfalls der Meinung, dass die Stadtverwaltung

alle Maßnahmen stoppen muss, die dazu dienen, den im Dezember 2017 im Rathaus gefassten Beschluss durchzuführen.
Das heißt auch: Keine Aufstockung von Personal für diesen Zweck.
Alle Pläne, den Beschluss durchzuführen, müssen auf Eis gelegt werden.



Die Luxusjachten werden größer

Die Reichen werden immer reicher - und die Spaltung der Gesellschaft immer größer - belegt immer wieder die Hilfsorganisation Oxfam. Oxfam prangert die Ungleichheit an. Aktuell gezählt: 2043 Milliardäre - 3,7 Milliarden Menschen in Armut. Oxfam warnt vor wachsender sozialer Ungleichheit in der Welt. Demnach besitzen aktuell 42 Milliardäre so viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.
Noch vor einem Jahr habe das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung dem der reichsten 61 Personen entsprochen.
Laut dem Oxfam-Bericht haben die 3,7 Milliarden Menschen, die die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, überhaupt nicht vom Vermögenswachstum im vergangenen Jahr profitiert. Der Graben zwischen Reich und Arm vertiefte sich weiter. Als Ursache dafür sieht die Hilfsorganisation vor allem, dass „Konzerne und Superreiche“ ihre Gewinne erhöhen, „indem sie Löhne drücken und Steuern vermeiden – auf Kosten normaler Arbeiter und Angestellter sowie des Allgemeinwohls“. So drücke das reichste Prozent der Bevölkerung sich durch Tricks um Steuerzahlungen von etwa 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Entwicklungsländern würden mindestens 170 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen pro Jahr entgehen. Das sei mehr als die gesamte weltweite Entwicklungshilfe (145 Milliarden Dollar).

Mehr auf Seite 2

REICHTUM MACHT ARMUT



Die Bankiers Gebrüder Rothschild, sollen 1863 geschrieben haben:

„Die wenigen, die das System verstehen, werden so sehr an seinen Profiten interessiert oder so abhängig sein von der Gunst des Systems, dass aus deren Reihen nie eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, mental unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne zu mutmaßen, dass das System ihren Interessen feindlich ist.“

Wir denken, dass die Niedriglöhner, die Hartz 4-Bezieher, die Armen, bei uns und anderswo mittlerweile gelernt haben.

Die neuen Meldungen in den Medien: *„82 Prozent des globalen Vermögenswachstums gingen im letzten Jahr an das reichste Prozent der Weltbevölkerung.“* Jeden zweiten Tag sei im vergangenen Jahr auf der Welt ein Dollar-Milliardär hinzugekommen – inzwischen gebe es 2043 Personen mit einem solchen Vermögen. Die ärmere Hälfte der Welt sei hingegen leer ausgegangen. Das alles ist so pervers, dass man es manchmal gar nicht glauben möchte.

Wer weiß, wie der Kapitalismus funktioniert, sollte sich Gedanken um eine alternative Ordnung machen.

Wer Kinder und Enkelkinder hat, sollte auch an deren Zukunft denken.

Viele schütteln den Kopf und es kommt der Satz: „Wir können doch nichts ändern.“

Wenn das so wäre, könnten wir uns die Arbeit im Stadtparlament und den monatlichen „blickpunkt“ ersparen. Wir wollen und werden weitermachen. Für Solidarität kämpfen und aufklären. Dabei brauchen wir Hilfe, Spenden und Mitarbeit.

Wer mitmachen will, kann sich bei der „blickpunkt“-Redaktion melden.

RudiH@dkp-mw.de

Kommunales

Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte die DKP/LL einen Resolutionsantrag ein:

„Mehr Geld für Städte und Gemeinden“. Er wurde wie üblich von SPD, CDU, FDP und den Freien Wählern abgelehnt.

Meist sagen zwar immer alle: „Die Kommunen brauchen mehr Geld!“ Wenn es aber konkret wird, kneift man. Der Grund: Ihre Parteioberen sind für die Finanznot der Kommunen verantwortlich. Sich mit ihnen anlegen will man nicht.

Im Antrag hieß es u.a.:

Mehr Geld für Städte und Gemeinden

Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat - wie die meisten Kommunen - ein Einnahmeproblem.

Die hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Die Forderung nach mehr Geld für die

Kommunen ist deshalb unverzichtbar. Unter dem „Schutzschirm“ wurden in unserer Stadt wie in vielen hessischen Kommunen die Grundsteuer B und andere Steuern, Kitagebühren, Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen u.v.a.m. drastisch erhöht. Andere Städte und Gemeinden haben neue Steuern eingeführt und gleichzeitig wichtige Einrichtungen wie Bibliotheken, Bürgerhäuser und Schwimmbäder geschlossen, ohne damit einem „nachhaltigen“ Haushaltsausgleich näher zu kommen. Gestrichene oder aufgeschobene öffentliche Leistungen und Investitionen kommen die Kommunen schon jetzt - erst recht in Zukunft - teuer zu stehen. Es geht an die Substanz. Geringverdiener werden von dieser Entwicklung besonders hart getroffen. Sie werden über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Nicht nur ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vieler Kinder werden weiter eingeschränkt.

Wir halten das für den falschen Weg. Wir weisen jeden weiteren Abbau notwendiger kommunaler Leistungen, immer höhere Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner und weitere Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung zurück.



Rote Karte für Bouffier

Die Bewegung gegen die Straßenbeiträge scheint sich erfolgreich zu entwickeln. Die Stadtoberen in Rüsselsheim kämpfen ordentlich gegen diese Abzocke (Bei uns hätte man sich das auch sehr gewünscht).

Zum Neujahrsempfang der CDU Gießen kam auch Volker Bouffier. Die Bürgerinitiativen in Gießen/Linden, Wetzlar und Niederaula hatten zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Hier wurden rote Karten gegen die Straßenbeiträge dem Ministerpräsidenten vor die Nase gehalten.



Profit heißt das Wort der bürgerlichen Gesellschaft, und an Dingen, die nicht Gewinn abwerfen, nicht Profit versprechen, ist man nicht interessiert.

Käthe Duncker (1871-1953)
Sozialistin, Pädagogin, Publizistin

Gerade gelesen



**Nelson Mandela
Der lange Weg zur Freiheit
Autobiografie**

Kaum ein anderer Politiker des 20. Jahrhunderts symbolisiert in solchem Maße die Friedenshoffnungen der Menschheit und den Gedanken der Aussöhnung aller Rassen auf Erden, wie der südafrikanische Schwarzenführer Nelson Mandela, dessen Rolle für seinen Kontinent mit der Gandhis für Indien verglichen wird. Seine trotz langer Haft ungebrochene Charakterstärke und Menschenfreundlichkeit haben nicht nur die Bewunderung seiner Landsleute, sondern aller friedenswilligen Menschen auf der Welt gefunden. Wenngleich als Häuptlingssohn und hochgebildeter, sprachkundiger Rechtsanwalt gegenüber seinen schwarzen Landsleuten privilegiert, so war er doch nicht von vornherein zum Freiheitskämpfer und international geachteter Politiker prädestiniert. Erst die fast drei Jahrzehnte währende Gefängnishaft hat ihn zum Mythos für die schwarze Befreiungsbewegung werden lassen. Sein langer Weg zur persönlichen Freiheit symbolisiert zugleich den langen Weg der schwarzen Bevölkerung Südafrikas in die politische Freiheit.

Nelson Mandelas Lebensgeschichte, wie sie sich in diesem Buch niederschlägt, ist über die politische Bedeutung ihres Protagonisten hinaus auch ein spannend zu lesendes, kenntnis- und faktenreiches Dokument menschlicher Entwicklung unter denkbar ungünstigen Bedingungen und Fährnissen, vor denen die meisten Menschen innerlich wie äußerlich kapituliert haben dürften.

Nelson Mandela wurde am 18.7.1918 in der Transkei geboren. Der Häuptlingssohn war in den 1950er Jahren einer der aktivsten Führer des African National Congress (ANC). 1961 ging er in den Untergrund, wurde 1962 verhaftet und 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt. In seiner 27jährigen Gefangenschaft wurde er zum Mythos des schwarzen Südafrika. 1990 auf internationalen Druck freigelassen, wurde Mandela 1991 Präsident des ANC. 1993 erhielten er und der südafrikanische Staatspräsident de Klerk den Friedensnobelpreis. Von Mai 1994 bis 1999 war Mandela der erste schwarze Staatspräsident Südafrikas. Es ist sein besonderer Verdienst, dass er (mit Bischof Desmond Tutu, Friedensnobelpreis 1984 -Vorsitzender der Wahrheits- und Versöhnungskommission) die Versöhnung mit den weißen Unterdrückern organisierte. Das Buch ist als Taschenbuch im F. Fischer Verlag erschienen und kostet 13,95 Euro.

ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG AM 8. MÄRZ 2018

Alles muss hart erkämpft werden

Der Internationale Frauentag hat eine lange Tradition. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung und gegen Unterdrückung, im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten. Der Widerstand richtete sich auch gegen unzumutbare Wohn- und Lebensbedingungen. Lange musste gegen den Ausschluss von Frauen von Wahlen, ja teilweise von jeglicher politischer Betätigung, gekämpft werden.

Auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris (Juli 1889) wurde auf Antrag von Emma Ihrer und Clara Zetkin ein Beschluss über die Gleichberechtigung der Frau gefasst. In ihrer Rede auf diesem Kongress erklärte Clara Zetkin unter anderem: „(...) Die Arbeiterinnen sind durchaus davon überzeugt, dass die Frage der Frauenemanzipation keine isoliert für

sich bestehende ist, sondern ein Teil der großen sozialen Frage. Sie geben sich vollkommen klare Rechenschaft darüber, dass diese Frage in der heutigen Gesellschaft nun und nimmermehr gelöst werden wird, sondern erst nach einer gründlichen Umgestaltung der Gesellschaft.“

Am 27. August 1910 wurde von der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen (100 Delegierte aus 17 Ländern) auf Initiative von Clara Zetkin und Käthe Duncker die alljährliche Durchführung eines internationalen Frauentages festgelegt, der sich gegen die mehrfache Ausbeutung richtete.

Der erste Internationale Frauentag fand am 19. März 1911 statt. Millionen von Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA beteiligten sich.

Die zentralen Forderungen waren:

- Kampf gegen den imperialistischen Krieg
- Wahl- und Stimmrecht für Frauen
- Arbeitsschutzgesetze
- ausreichender Mutter- und Kinderschutz
- der Achtstundentag
- gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung
- Festsetzung von Mindestlöhnen

Die Festlegung des Internationalen Frauentages auf das Datum 8. März erfolgte 1921 durch Beschluss der 2. Kommunistischen Frauenkonferenz. Alles, was in den folgenden Jahrzehnten erreicht wurde, musste hart erkämpft werden.

Wir bedanken uns für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten.

**Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG, IBAN:
DE 37 5085 2553 0009 0034 19**

VORANKÜNDIGUNG

Buchvorstellung

„Vom Schwinden der Arbeiterklasse“

mit Jörg Miehe
Sozialwissenschaftler aus Göttingen

**8. März 2018
Bürgerhaus Mörfelden**

Eine Veranstaltung
der „Linken Runde“





Tim Beyermann, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:

7 Jahre nach Fukushima

2011 kam es in Block 1, 2 und 3 des Fukushima „Daiichi“-Atomkraftwerkes zur Kernschmelze. Noch heute leben ca. 90.000 Menschen in temporären Unterkünften und können nicht in ihre Städte und Dörfer in der Peripherie des Kraftwerkes zurück. Täglich werden noch immer 300 Millionen Tonnen Grundwasser durch radioaktives Material kontaminiert. Erst kürzlich einigte sich die japanische Regierung mit der Vereinigung der Fischer darauf, das Wasser zu dekontaminieren und anschließend

in den Pazifik zu leiten. Die für das dekontaminierte Wasservorgelegten Grenzwerte sind dabei strikter als die in Europa bestehenden Verordnungen. Allerdings ist es fraglich, ob TEPCO, der Betreiber des Kraftwerkes, in der Lage sein wird, eben diese einzuhalten. Zudem wurde letztes Jahr bekannt, dass es im Rahmen von großangelegten Vorsorgeuntersuchungen für Bewohner des direkten Umlandes zu vermehrten Befunden von Schilddrüsen-Krebs bei Kindern kam. Auch wenn diese Befunde bisher nicht mit den geringen Mengen an kontaminierten Lebensmitteln in Verbindung gebracht werden können, die konsumiert wurden und sich die Radioaktivität der Luft außerhalb des Sperrgebietes unter der von Berlin bewegt, bleibt ein fader Beigeschmack.

Werben fürs Sterben

Immer mehr Minderjährige gibt es jetzt bei der Bundeswehr. In der Truppe „dienen“ 2128 Soldaten, die bei Dienstantritt noch nicht volljährig waren. Darunter befanden sich 448 junge Frauen.

Die Anzahl der Bundeswehr-Rekruten unter 18 Jahren hat sich seit 2011 verdreifacht. Laut Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage der Linksfaktion nahmen die Verpflichtungen von Minderjährigen seit Aussetzen der Wehrpflicht kontinuierlich zu. 2011 zählte man noch 689 Rekruten unter 18.

Sie werden an Waffen ausgebildet, nicht aber in einen Auslandseinsatz geschickt.

Die Werben für die Soldaten beginnt in den Schulen - auch in der hiesigen Bertha-von-Suttner-Schule.

Dazu gehört auch geschickte Werbung auf YouTube. Im November 2016 begann man mit der Daily Soap „Die Rekruten“. Einzelne Clips mit Szenen aus der Grundausbildung neuer Sol-

daten wurden mehr als eine halbe Million mal angeklickt.

Das Verteidigungsministerium war begeistert: Im Sendezeitraum gab es 40 Prozent mehr Zugriffe auf die Karriere-Website, 25 Prozent mehr Anrufe bei der Karriere-Hotline und über 20 Prozent mehr Bewerbungen bei Mannschaften und Unteroffizieren. Die YouTube-Serie wurde mit einem renommierten Preis der Werbe- und Kommunikationsbranche, dem sogenannten Effie-Award, in Gold, Silber und dem erstmals verliehenen Grand Prix ausgezeichnet.

Nach diesem PR-Erfolg startete man die nächste Spielserie und verharmloste den gefährlichen Einsatz in Mali. Allein in diese Folgen investierte die Bundeswehr 6,5 Millionen Euro. Wir sind prinzipiell gegen das Anwerben von Minderjährigen.

Beiläufig, solange Deutschland Jugendliche unter 18 für militärische Zwecke rekrutiert, kann es andere Staaten wegen Kindersoldaten nicht glaubwürdig kritisieren.

Karl hat Geburtstag

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier geboren. Die Leistung seines Lebens, das vor 200 Jahren begann und am 14. März 1883 in London endete, fasste Friedrich Engels in der Rede zusammen, die er am Grab seines Mitstreiters hielt:

Was das streitbare europäische und amerikanische Proletariat, was die historische Wissenschaft an diesem Mann verloren haben, das ist gar nicht zu ermessen.

„Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem er zuerst das Bewusstsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewusstsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte – das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element. Und er hat gekämpft mit einer Leidenschaft, einer Zähigkeit, einem Erfolg wie wenige.“

Karl Marx und seine Theorie waren und sind revolutionär. Seine Theorie stellte und stellt die Anleitung zum Handeln dar. Ein Handeln, das den Zweck verfolgt, die heutigen kapitalistischen Verhältnisse aufzuheben.

Im 200. Jahr wird Marx von vielen beachtet. Zeitungen und andere Medien überschlagen sich schon jetzt mit Lobhudeleien. Viele gibt es dabei, die Marx loben und den Revolutionär verneinen.

Wir achten und schätzen ihn, weil er allen hilft den Kapitalismus zu erkennen und ihn letztlich zu überwinden.

Wir werden zu seinem 200. Geburtstag hier noch mehr abdrucken über ihn, sein Leben, sein Denken und sein Handeln.

Es geschah im März 1945 Das Kornsandverbrechen

blickpunkt Geschichte

Etwas versteckt am Rheinufer gegenüber Nierstein, mehrere 100 Meter nördlich des Fähranlegers Kornsand, findet man einen Gedenkstein. Hier wurden in den letzten Kriegstagen sechs Nazigegner aus Nierstein und Oppenheim ermordet. Die der KPD bzw. der SPD angehörenden fünf Männer und eine Frau, die alle schon 1933/1934 unter dem Naziterror zu leiden hatten, sollten wegen des kurz bevorstehenden Anrückens der US-Truppen als „gefährliche Personen“ aus der Stadt verschwinden. Sie wurden am 18.3.1945 verhaftet, kamen erst nach Groß-Gerau, dann nach Darmstadt, wo man sie schließlich am 21.3.1945 wieder gehen ließ. Als sie am Kornsand ankamen, trafen sie auf deutsche Offiziere, die die Rheinfähre sprengen wollten, um den Amerikanern die Überquerung des Flusses zu erschweren. Einer der sechs Antifaschisten konnte sich noch verstecken. Die übrigen fünf wurden dann vom Niersteiner Nazi Heinrich Funk als „größte Lumpen und Verbrecher“ bezeichnet und auf Befehl von NSDAP-Funktionär Alfred Schniering zusammen mit

einem angeblich fahnenflüchtigen Volkssturmmann erschossen. Wenig später erreichten die Amerikaner die gegenüberliegende Rheinseite. Die am 18.4.1945 geborgenen Leichen zeigten teilweise Spuren von Mißhandlungen.

Die Täter wurden erst am 24.9.1949 vom Landgericht Mainz verurteilt: Schniering zu lebenslanger Haft, Leutnant Kaiser, der Todesschütze, zu 10 Jahren Gefängnis.

Am 7.1.1956 wurde Schnierings „lebenslänglich“ in eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren umgewandelt und noch im gleichen Jahr wurde er vorzeitig entlassen; er starb 1971 in Köln. Auch Kaiser wurde begnadigt: Eine mehrjährige Reststrafe wurde ihm erlassen, laut einem Zeitungsbericht lebt er Mitte der 1980er Jahre als „erfolgreicher Kaufmann“.

Der zunächst flüchtige Denunziant Heinrich Funk wurde letztinstanzlich am 14.9.1953 zu elf Monaten Gefängnis verurteilt. Alle Urteile sprachen übrigens Richter mit NS-Vergangenheit.

Man muß sagen: Die Tat und ihre Aburteilung stehen beispielhaft für die ungezählten Verbrechen des deutschen Faschismus, die heute zum Teil verharmlost oder ganz gelehnet werden.

1954 wurde am Ort des Verbrechens ein Gedenkstein errichtet, dessen Inschrift mit den Worten endet:

„Den Toten zum Gedächtnis!
Den Lebenden zur Mahnung!
Damit, was hier geschah,
sich nie wiederhole.“

Damit die Opfer nicht totgeschwiegen und vergessen werden, wird seit vielen Jahren im März mit Gedenkveranstaltungen am Kornsand an sie erinnert.

Die diesjährige findet statt am Mittwoch, 21. März, um 18 Uhr.



Die Gedenktafel am Kornsand.



Von der Großen Koalition in der vergangenen Legislaturperiode sind so viele deutsche Waffen wie unter noch keiner Regierung zuvor exportiert worden.

Insbesondere sind die deutschen Waffen-Ausfuhren in sogenannte Drittländer außerhalb der Nato zuletzt massiv gestiegen.

Die LINKE hat der Bundesregierung wegen gesteigener Rüstungsexporte in autoritär regierte Länder unmoralisches Handeln vorgeworfen. „Die Zahlen, die jetzt öffentlich geworden sind, zeigen, dass es ein Maß auch an moralischer Verkommenheit gibt, was

ich nicht für möglich erachtet habe“, sagte der Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch.

Es widerspreche dem Grundgedanken des Grundgesetzes, Waffen in Krisenländer zu liefern, sagte Bartsch. Dass nun die Türkei mit deutschen Rüstungsgütern gegen Kurden in Syrien vorgehe, ist nach seinen Worten zudem völkerrechtswidrig.

Nun wollen SPD und Union wieder eine Große Koalition machen. „Der Augenblick der Entscheidung ist gekommen“, meinte Martin Schulz, der vorher - wie andere - „entschieden“ gegen eine neue Große Koalition war. Eine andere Politik ist dabei nicht zu erwarten. Für die Bundesrepublik bedeutet das Ergebnis wohl vier weitere

Jahre Stillstandsverwaltung, Angriffe auf das Grundgesetz und Verpassen von Zukunftschancen.

Die Folgen der Entscheidung für die SPD? Da bleiben wirklich viele Fragezeichen. Wahrscheinlich ist es ein historischer Fehler.

Wer in den kommenden vier Jahren soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden erkämpfen will, muss dies gegen die Große Koalition durchsetzen.

Dazu braucht es überall eine starke linke Opposition, aber auch Druck von der Straße, den Gewerkschaften und den vielen anderen zivilgesellschaftlichen Kräften.

Das gilt für den Bundestag, den Hessischen Landtag und für unsere Stadtverordnetenversammlung.



Billigflieger: Mehr Krach, mehr Dreck, weniger Wald

Alle reden von der Klimakatastrophe. Viele wissen, wie wichtig der Wald für die Menschheit ist. Viele erinnern sich in unserer Stadt an die Auseinandersetzungen um die Startbahn-West und wie sich auch danach der Flughafen und die Kiesgruben ständig vergrößerten und immerzu weiter Wald vernichtet wird.

Nun sollen erneut zwischen Zeppelheim und Walldorf sechs Hektar Wald gerodet werden, um einen direkten Anschluss des im Bau befindlichen dritten Flughafen-Terminals an die Autobahn zu schaffen. Die Fraport erklärt lakonisch: „Mit dem vorgezogenen Bau des neuen Flugsteigs reagiert der Flughafen auf das Passagierwachstum im Low-Cost-Segment.“

Sie wollen also, koste es was es wolle, teilhaben an der „Billigfliegerei“.

Fraport beteiligt sich im Dumping-Wettlauf um Billigflieger. Im letzten Sommer verkündete Flughafenboss Schulte, dass in drei Jahren ein speziell auf die Bedürfnisse von Billigfluggesellschaften zugeschnittener Flugsteig in Betrieb genommen wird. Ursprünglich sollte das Terminal 3 erst 2023 eröffnet werden.

Es war der „Oberkrachmacher“, die Ryanair, die massiv Druck gemacht hat, dass der Flugsteig „G“, vorgezogen wird. So läuft das in einem System, in dem alles zur Ware wird.

Das dritte Terminal bei der Fraport soll eine Steigerung der Kapazitäten in Frankfurt um ein Drittel auf 90 Millionen Fluggäste im Jahr bringen. „Da wird man doch mal Wälder roden dürfen“, denkt man bei Fraport wahrscheinlich.

Wir haben erlebt: Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Flugha-

fenumland und die Schutzfunktion des Waldes werden den Interessen von Unternehmen untergeordnet. Mit Billigfliegern und Kiesgruben kann man „Kies“ machen.

Uns bleibt nichts anderes übrig, als Druck zu machen. Aufzuklären über ein Gesellschaftssystem, in dem das möglich ist und laut zu protestieren.

Bäume fallen, Profite steigen

Wenn es in Zukunft in unserer Gegend noch Wald geben soll, müssen mehr Menschen aktiv werden und sich einmischen. Alle, die hier wohnen, die Kinder und Enkelkinder haben, müssten eigentlich darüber nachdenken, ob es mit der Waldvernichtung immer so weitergehen soll. Die folgende Aufzählung ist eine unvollständige Auflistung der bekannten Rodungen:

1980	FAG: Verlängerung der Parallel-Bahnen auf 4.000 m
1981/82	FAG: Bau Startbahn/West 4.000 m
1994/95	Fraport: Cargo City 30 Hektar Bannwald
2009	Fraport: Bau Nordbahn 2.800 m lang

Für den Gesamtausbau, Ausbau Süd und sonstiges wurden insgesamt 300 Hektar gerodet, davon 90% „Bannwald“

2016/17 Es gibt Waldverluste für den S-Bahnanschluss zu „Gateway Gardens“, Hektarzahl ist noch nicht bekannt

2017/18 Fraport aktuell ca. 20 ha, 6 ha davon für den Autobahnanschluss Terminal 3

Sehring Abbau seit 1927, insgesamt 250 ha Waldverlust, die letzten 40 Jahre ca. 30 Hektar, davon ca. 15 Hektar Bannwald ca. 60 Hektar sollen später noch gerodet werden

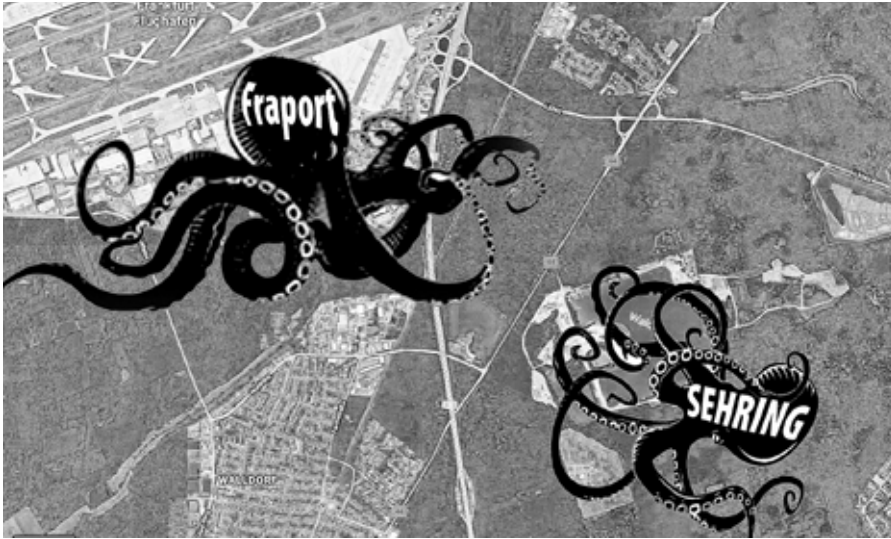
Kiesgrube Mitteldorf bei Kelsterbach

Es sollen 12 Hektar gerodet werden, das Verfahren läuft

Mahnwache vor dem Regierungspräsidium in Darmstadt wegen der drohenden Rodung des Langener Bannwaldes. Rund 80 Teilnehmer folgten einem Aufruf des Aktionsbündnisses „Langener Bannwald“ und der Bürgerinitiative Mörfelden-Walldorf und demonstrierten gegen eine weitere Zerstörung der Natur zwischen Langen und Mörfelden-Walldorf. Insgesamt 60 Hektar Bannwald sollen für die Erweiterung der Firma Sehring fallen - ein Teil ist bereits gerodet. Dabei ist das Hauptverfahren gegen den Kiesabbau noch gar nicht abgeschlossen.



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Ein Anfang - Widerstand, der Hoffnung macht. Junge Leute sind auf die bedrohten Bäume geklettert. Machen auf sich und die bevorstehende Rodung aufmerksam. Bürgerinnen und Bürger aus dem Flughafen-Umland kommen zum Sonntagskuchenstand der Bürgerinitiativen - lassen sich informieren, zeigen sich solidarisch. Protest in einem Wald, in dem man bald Frühling spüren kann, wenn - ja wenn er nicht vorher abgesägt wird.

Wir wünschen uns, dass viele Leute dort vorbeikommen. Die Sache der jungen Kletterer ist auch unsere Sache. Wir wünschen uns, dass sich auch unsere Stadtverwaltung solidarisch zeigt. Die Bedrohung wächst nämlich, die Transparente an den Ortseingängen wurden zu früh abgehängt.

Gerade, weil die Rhein-Main-Region schon jetzt massiv durch Lärm, Abgase und Flächenversiegelung belastet ist, muss die Entwicklung am Flughafen kritisch verfolgt, müssen weitere Ausbaumaßnahmen gestoppt werden.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden schrittweise riesige Waldflächen im Rhein-Main-Gebiet für den größten deutschen Flughafen, für Kiesgruben und Straßenbau abgeholzt. Man spricht von mehr als 2000 ha Wald, die für den Flughafen verloren gingen. Neben dem Kelsterbacher Wald ist auch Wald für die A 380-Halle gerodet worden, nun soll eine weitere Fläche für einen Autobahnanschluss abgeholzt werden. Gerade erst ist in unmittelbarer Nähe ein großes Waldstück für die Erweiterung des Kiesabbaus am Langener Waldsee verschwunden. Heute weiß man: Nicht alles, was man machen kann, darf man machen. In Zeiten des Klimawandels ist zu beachten: Der Schutz alter Wälder ist der wirksamste Weg, das Klima zu schützen. Flugverkehr ist dagegen die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgas-Emissionen.

Krach in der Nacht: Ryanair

Ryanair hat seit März 2017 seine Basis am Frankfurter Flughafen stetig ausgebaut. Die Zahl der Strecken soll von 24 im laufenden Winterflugplan auf 38 im kommenden Sommer wachsen.

Fraport hat u.a. deshalb den Bau des Terminals 3 auf 2020 vorgezogen. Ryanair steht in der Kritik, weil die Flugzeuge oft nach Eintritt des Nachtflugverbots um 23 Uhr in Frankfurt landen. Um dem nachzugehen, habe sich das Verkehrsministerium von Ryanair die Flugpläne geben lassen. „Deren Auswertung dauert noch an.“ Auch nach einem „Rapport“ kommen sie weiterhin nach 23 Uhr. Der Einstieg von Ryanair bringt Frankfurt und Rhein-Main mehr Nachtflüge. Dafür gibt's dann weniger Wald. So isses!

Stadtgeschichten



Eine Wette im Mai 1965. Auf dem Stuhl von Friseurmeister Georg Kuchler, in Mörfelden auch als „Bärwel-Schorsch“ bekannt, sitzt ein bekannter Mörfelder namens Toni. Er war zeitweise Koch im Volkshaus und großer Fußballfan, der gewettet hatte, dass er sich eine Glatze schneiden lasse, wenn die 1. Fußball-Mannschaft der SKV-Mörfelden im Endspiel in Büttelborn gegen Goddelau gewinnen würde. Beide Mannschaften spielten in der A-Klasse West, der Kreisoberliga und waren punktgleich. Der Gewinner dieses Spiels wurde Meister und stieg auf in die Bezirksklasse, heute Gruppenliga. Mörfelden gewann 2:0 und die Glatze war fällig.



Auf dem kleinen Foto die Mannschaft von damals.

Obere Reihe v. l.: M. Schluckebier, H. Meier, W. Setzer, H. Hahnel, Kh. Cezanne, G. Weigel, G. Völker, mittlere Reihe v. l.: W. Roth, F. Wolafka, K. Dammel, R. Schluckebier, untere Reihe v. l.: N. Völker, W. Wöhler, F. Wenzlik.



Georg Kuchler hatte, zum Schluss mit seinem Sohn Robert, bis zum Jahre 2000 den größten Herren- und Damen-Friseursalon in Mörfelden. Er begann in den 1930er Jahren mit einem kleinen Lädchen in der Weingartenstraße und zog dann um in die Langener Straße. Im Laden und an der Kasse standen seine Frau Elisabeth Kuchler (Lisa) und ihre Schwägerin Elisabeth (Lisbeth) Schulmeyer. Der Salon hatte auch guten Zuspruch, weil Georg Kuchler mit der SKV von Anfang an sehr verbunden war. Er war lange Zeit Spieler bei den Alte-Herren-Fußballern und aktiv bei den Keglern.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Irish Folk Session für Musiker und ihre Gäste
Mittwoch, 7. Februar 2018 - 19 Uhr - Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 15. Februar 2018 - 20 Uhr - Eintritt frei

Aus anderer Schüsseln schmeckt es immer besser
Freitag, 16. Februar 2018 - 18 Uhr - Essen € 10,-
(mit Stadtpass frei)

Lesung theater noster
mit Corinna Ehmler, Simone Hesse-Pietrzak und
Stefan Pietrzak
Samstag, 17. Februar 2018 - 20 Uhr - Eintritt: € 5,-

Sonntagscafé mit Musik
Sonntag, 18. Februar 2018 - 15 bis 18 Uhr - Eintritt frei

Lesung mit Niklas Frank
Donnerstag, 22. Februar 2018 - 20 Uhr - Eintritt frei

Quiz
Freitag, 23. Februar 2018 - 20 Uhr - Eintritt frei

Wirtshaussingen im KuBa
Samstag, 24. Februar 2018 - 20 Uhr - Eintritt € 8,-/€ 6,-

Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste
Mittwoch, 28. Februar 2018 - 19 Uhr - Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Wer net waachd,
der net gewinnd,
wer ned heierd,
kriehd kää Schwiermodder.